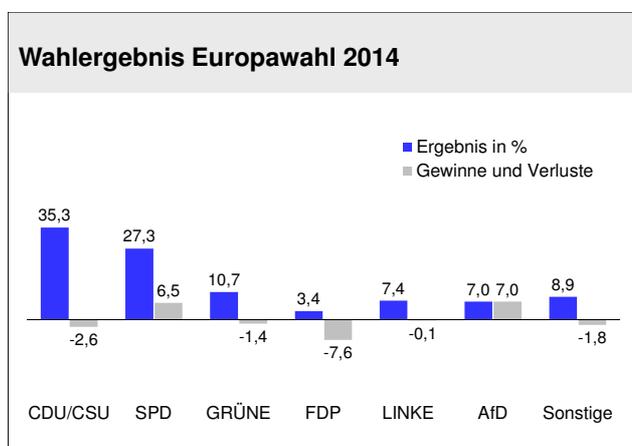


25. Mai 2014

## CDU/CSU gewinnt Europawahl, SPD auf Normalisierungskurs AfD profitiert von geringer Wahl-Bedeutung und Europakritik

Gewinner der achten Direktwahl zum Europäischen Parlament ist in Deutschland zum achten Mal die Union, nach leichten Verlusten rutscht sie mit 35,3% (-2,6) aber auf ihr relativ schwächstes Europawahl-Ergebnis. Die SPD legt nach ihrem Rekordtief von 2009 deutlich auf 27,3% zu (+6,5), die Grünen verlieren leicht und erreichen 10,7% (-1,4). Die Linke bleibt mit 7,4% (-0,1) stabil, die FDP bricht mit gerade noch 3,4% (-7,6) erneut dramatisch ein.

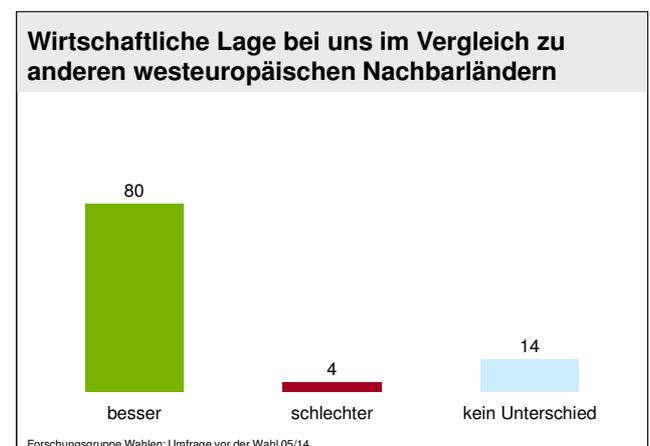


Aus dem Stand mit 7,0% schafft es erstmals die AfD mit Mandaten für Brüssel und Straßburg auf eine prominente parlamentarische Bühne, wo nach dem vollständigen Wegfall der Sperrhürde zukünftig auch Freie Wähler, Tierschutzpartei, Familie, Piraten, ÖDP, NPD und Die Partei mit je einem Sitz vertreten sind. Zusammen erreichen die sonstigen Parteien 8,9% (-1,8). Die Wahlbeteiligung steigt um 4,9 Prozentpunkte auf 48,1%.

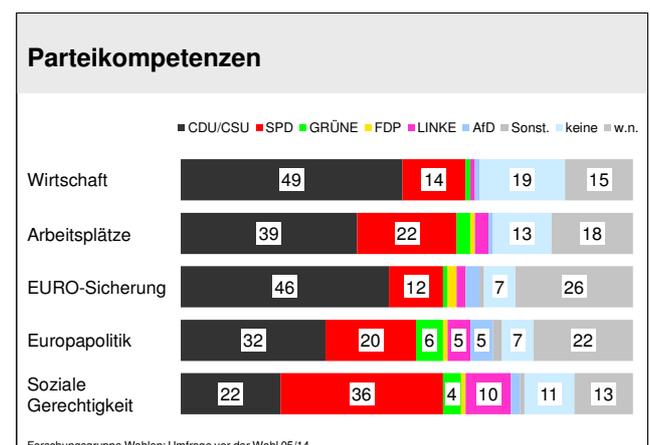


Bei einer erneut mehr bundespolitisch geprägten Europawahl – für 54% der Wähler war bei der Stimmabgabe der Bund und nur für 40% die Europa-

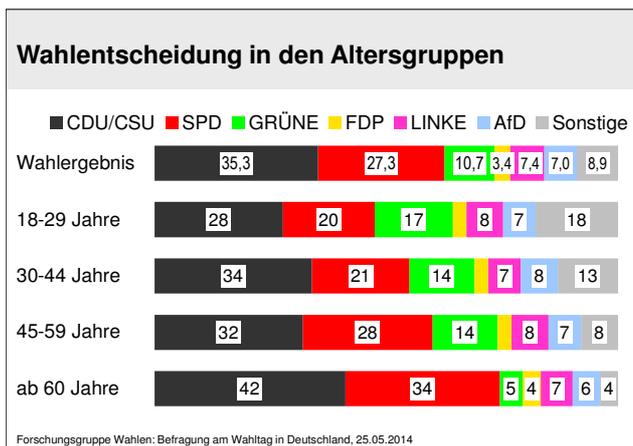
politik wichtiger – basiert das Abschneiden von CDU/CSU und SPD zunächst auf großer Zufriedenheit mit der Kabinettsarbeit in Berlin. Vor der letzten Europawahl im Juni 2009, ebenfalls als große Koalition auf einer +5/-5-Skala (sehr zufrieden bis sehr unzufrieden) nur bei 0,5, wird die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD von den Befragten jetzt mit 1,3 klar positiv bewertet.



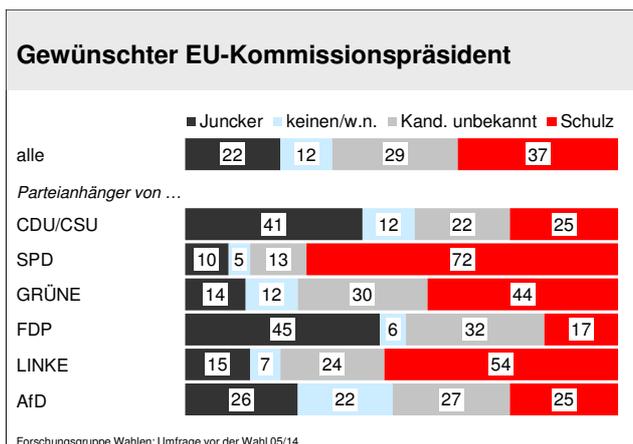
Hierbei besitzt speziell die Union einen ganz erheblichen Kompetenzvorsprung in den Bereichen Wirtschaft und Jobs in einer Zeit, in der für 80% Deutschland ökonomisch besser und nur für 4% schlechter dasteht als unsere westeuropäischen Nachbarländer (kein Unterschied: 14%). Nicht weniger als 84% sehen dabei die EU-Mitgliedschaft als (sehr) wichtigen Faktor für die bei uns gute Wirtschaftslage (nicht wichtig: 14%), während gleichzeitig die CDU/CSU im Bereich Währungs- und Europapolitik als führend gilt: Für 46% der Befragten kann die Union am besten für die Sicherung des Euro sorgen, und für 32% vertritt sie auch die beste Europapolitik ganz allgemein.



Neben viel Politikvertrauen verdankt die Union ihren klaren Wahlsieg wie gewohnt auch der älteren Generation, die aufgrund spezifischer Beteiligungsmuster bei der Europawahl besonders viel Gewicht besitzt: Bei zwar gestiegener, aber dennoch insgesamt schwacher Beteiligung noch die wahlfreudigste Gruppe, verliert die CDU/CSU bei den ab 60-Jährigen zwar sechs Prozentpunkte, holt hier aber mit 42% ihr bestes Ergebnis. Bei den 45- bis 59-Jährigen schafft sie 32%, bei den 30- bis 44-Jährigen 34% und bei den unter 30-Jährigen nur 28%.

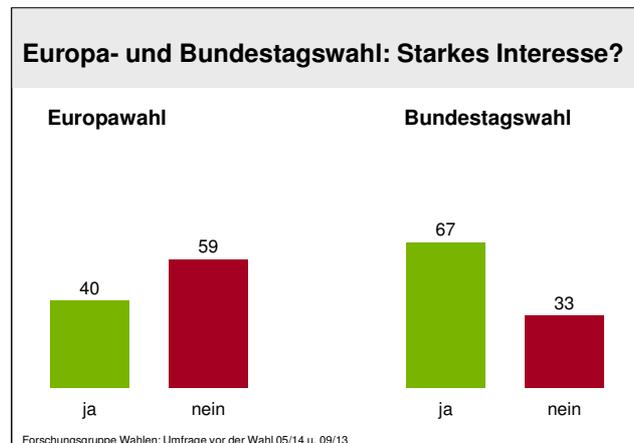


Die SPD bleibt bei den unter 30-Jährigen sowie den 30- bis 44-Jährigen mit 20 bzw. 21% sehr schwach, dagegen liegt sie bei den 45- bis 59-Jährigen mit 28% vergleichsweise knapp hinter der Union. Nach einem starken Plus von 10 Punkten bei den ab 60-Jährigen erreicht die SPD hier 34%, konnte aber auch insgesamt ihre Anhänger besser als 2009 motivieren, tatsächlich wählen zu gehen.

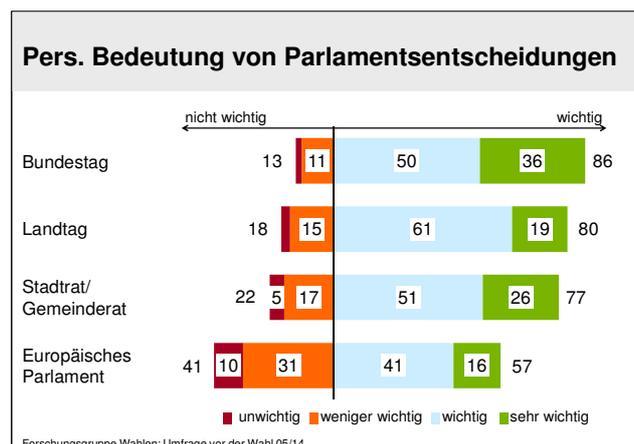


Neben guter Regierungsarbeit und einem deutlichen Imagegewinn verfügen die Sozialdemokraten dabei mit Martin Schulz über einen Protagonisten, der zumindest in den eigenen Reihen viel Zugkraft entwickelt: So besitzt der Faktor Spitzenkandidat für SPD-Wähler konträr zur Bundestagswahl deutlich mehr Gewicht als im CDU/CSU-Lager und 37% aller Befragten, aber bemerkenswerte 72% der SPD-Wähler wollen Martin Schulz als nächsten EU-

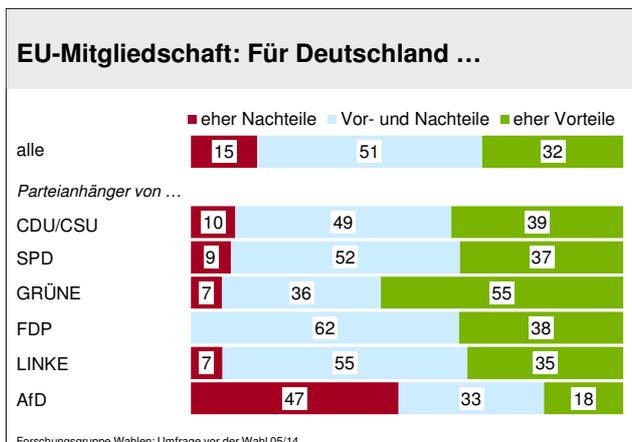
Kommissionspräsidenten. Gerade 22% aller Befragten und nur 41% der CDU/CSU-Anhänger möchten für das Amt den EVP-Kandidaten Jean-Claude Juncker, insgesamt 41% sind für keinen von beiden bzw. wissen es nicht, meist weil sie die Kandidaten nicht kennen.



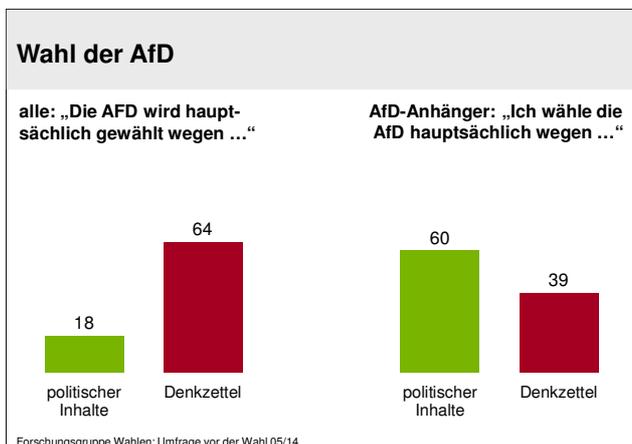
Neben wenig Bekanntheit der Kandidaten sind es dann aber vor allem schwaches Interesse, die geringe individuelle Relevanz der transnationalen Ebene und reservierter Pragmatismus, die für die erneut relativ niedrige Wahlbeteiligung verantwortlich sind: Hatten sich im letzten September 67% stark für die Bundestagswahl interessiert, sind dies nun bei der Europawahl nur 40%. Allerdings hatten sich vor fünf Jahren, unmittelbar vor der letzten Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2009, sogar nur 33% stark für die Abstimmung über damals 27 Ländergrenzen hinweg interessiert, wogegen die Bedeutung der Kammer in Brüssel und Straßburg für die Wahlberechtigten unverändert schwach ist: Während 86% der Befragten Bundestagsentscheidungen persönlich für wichtig halten, sowie 80% die Beschlüsse von Landtagen und 77% Entscheidungen, die auf kommunaler Ebene getroffen werden, sind es beim Europaparlament lediglich 56% – eine Einschätzung, die seit der ersten Europawahl im Jahr 1979 trotz erheblich gewachsener Kompetenzen des Parlaments in der Bevölkerung tendenziell unverändert ist.



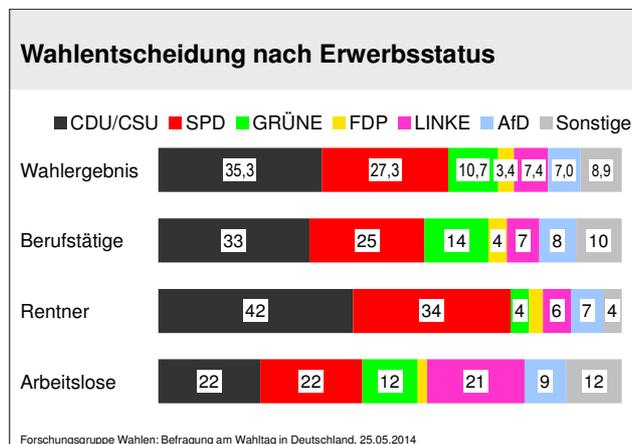
Zwar konstatieren 77% „zu viele Regelungen“ und 70% „abgehobene und bürgerferne“ Institutionen in der EU, doch grundsätzlich sind die Basiseinstellungen zur EU-Mitgliedschaft oder zum Euro zurzeit ausgesprochen positiv.



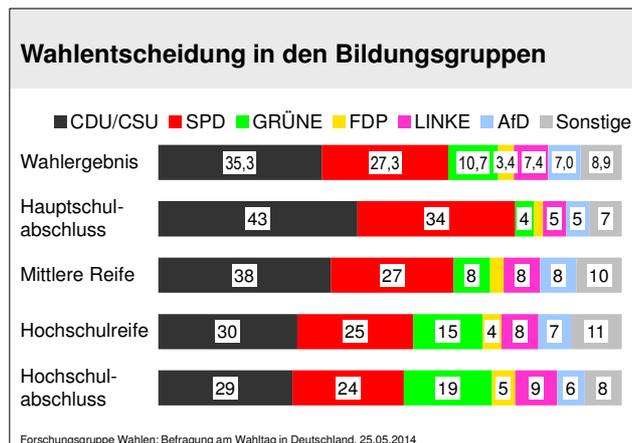
Anders die AfD-Wähler, von denen 47% (alle: 15%) die EU-Mitgliedschaft negativ sehen sowie 57% (alle: 35%) im Euro Nachteile, und weit überproportional viele im Bereich Ausländer und Zuwanderung ein großes Problem. So wählen 60% die AfD vor allem wegen der Inhalte, 39% sprechen von einem „Denkzettel“, der durch klassische Nebenwahl-Effekte verstärkt wird: Für 20% aller Befragten, aber für 45% der AfD-Wähler ist „die Europawahl so unwichtig, dass man auch mal eine Partei wählen kann, die man ansonsten nicht wählt“ – ein Phänomen, von dem auf dieser Ebene auch die „Sonstigen“ profitieren.



Im Detail ist die AfD bei Männern (9%) stärker als bei Frauen (5%), zwischen Berufstätigen (8%) und Arbeitslosen (9%) gibt es kaum, und zwischen den Altersgruppen nur geringe Unterschiede.



Anders die Grünen, die bei allen unter 60-Jährigen 14%, bei den ab 60-Jährigen aber nur schwache 5% holen. Wie gewohnt steigt der Zuspruch zu den Grünen parallel mit dem formalen Bildungsniveau, so dass die Grünen mit 19% bei Hochschulabsolventen ihr bestes Ergebnis holen. Die Linke ist besonders bei Arbeitslosen mit 21% stark, zwischen den unter und über 60-Jährigen gibt es kaum Differenzen.



Mit gewohnt schwacher Beteiligung, besonderen Nebenwahl- und Mobilisierungseffekten, kaum Parteien- und Personenwettbewerb, sowie ohne koalitionsstaktische Wahlmotive und neuerdings ohne Sperrhürde bleibt die Europawahl ein Unikat. Auch in anderen EU-Ländern mit vielen spezifischen Regeln, Kontextfaktoren und eigenen Ausgangslagen zeigt die Abstimmung politische Vielfalt und Freizügigkeit, was Nicht-Wählen ebenso beinhaltet wie Erfolge ansonsten weniger etablierter Parteien, und wie bei uns kaum Rückschlüsse auf die nationale Ebene ermöglicht.

(Mannheim, 26.05.2014)

**Herausgeber:** Forschungsgruppe Wahlen e.V.

68011 Mannheim, Postfach 10 11 21, Tel.: 0621/1233-0, FAX: 0621/1233-199

Internet: [www.forschungsgruppe.de](http://www.forschungsgruppe.de)

E-Mail: [info@forschungsgruppe.de](mailto:info@forschungsgruppe.de)

Die Zahlen basieren auf einer telefonischen Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen unter 1.273 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten in Deutschland in der Woche vor der Wahl sowie auf einer Befragung unter 41.471 Wählern am Wahltag. Weitere Grafiken und Berichte zur Europawahl im Web unter: [www.heute.de](http://www.heute.de). Nächstes bundesweites Politbarometer am 6.6.2014. Rundungsbedingte Summenabweichungen sind möglich. Dieser Newsletter kann unter: [Bestellung@forschungsgruppe.de](mailto:Bestellung@forschungsgruppe.de) für eine jährliche Schutzgebühr in Höhe von € 15,- bestellt werden.